



Pressemitteilung

02.03.2016

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald zeigt gravierendsten Umweltschaden Hessens an

Naturschutzverband geht von Schäden am Ökosystem Ried von 180 Millionen Euro aus

Der Landesverband Hessen der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) hat am gestrigen 1. März 2016 bei Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid den größten und gravierendsten Umweltschaden - den es vermutlich bisher je in Hessen gab – angezeigt und sie zum Tätigwerden aufgefordert. Dazu bedient sich der Verband dem Umweltschadengesetz und setzt somit erstmals dieses Gesetz in Hessen ein, um den Wald im Hessischen Ried vor der behördlichen Untätigkeit zu schützen. Der Schaden umfasst eine Fläche von 13679 Hektar Waldfläche im Hessischen Ried zwischen Darmstadt und Viernheim. Der Schaden ist vor allem durch die deutlich überförderte Grundwasserentnahme entstanden und wurde beim Runden Tisch Hessisches Ried festgestellt und im Abschlussbericht dokumentiert. Betroffen sind insbesondere Europäische Natura 2000-Schutzgebiete. Hier sind auf rund 6000 Hektar massive Schäden an der Biodiversität bereits eingetreten und weitere Auswirkungen zu befürchten.

„Seit Jahren wird im Ried Wasser deutlich über der Neubildungsrate gefördert. Somit wird der Grundwasserspiegel abgesenkt und die Wälder sterben großflächig ab“, bringt es der Landesvorsitzende der SDW Bernhard Klug auf den Punkt. „Der Wald wurde bei allen Entscheidungen nicht berücksichtigt, ja auch die Naturschutzbelange wurden immer hinten angestellt“. Die SDW kritisiert dieses Vorgehen des Regierungspräsidiums schon lange. Es wurden immer wieder Bescheide an die Wasserversorger ausgestellt die Wald und Naturschutz nicht berücksichtigten, ja gezielt vernachlässigten. „Umweltverträglichkeitsprüfungen wurden vorsätzlich nicht durchgeführt und lediglich darauf geachtet, die beantragte Fördermenge bereitzustellen. Doch dem nicht genug, es wurde sogar deutlich mehr gefördert als genehmigt“, führt Dr. Arnulf Rosenstock, stellvertretender Vorsitzender des SDW Kreisverbandes Darmstadt-Dieburg im geschädigten Wald am Gehaborner Hof bei Weiterstadt aus. „Und das hatte keinerlei Konsequenzen, der Schaden wurde größer und größer“.

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald - Landesverband Hessen e. V.

Vorsitzender: Bernhard Klug
Rathausstraße 56
65203 Wiesbaden
Mail: kontakt@sdwhessen.de

Tel.: 06 11 / 30 09 09
Fax: 06 11 / 30 22 10
Web: www.sdwhessen.de

Giro-Konto IBAN: DE68 5105 0015 0100 0229 23
Spenden-Konto IBAN: DE09 5105 0015 0140 0991 47
SWIFT-BIC: NASSDE55XXX bei der Naspa Wiesbaden
Steuernummer: 43 250 86313



Doch anstatt die immer offensichtlicher werdenden Schäden zu stoppen und in einem neuen Grundwasserbewirtschaftungsplan abzustellen, wie es 2007 nach Ablauf des alten Plans von 1999 erforderlich gewesen wäre, hat die Behörde den alten Plan nochmal 10 Jahren weiterlaufen lassen. „Der Wald auf den Schadensflächen ist kein Wald mehr sondern nur noch Buschwerk, ökologisch entwertet und vom forstlichen Ertrag brauchen wir gar nicht mehr zu reden,“ beschreibt Dr. Arnulf Rosenstock die ehemaligen Waldbestände. „Wenn wir den Wertverlust der Waldbestände, alle Kostenschätzungen für die nötigen Sanierungen und Wiederaufspiegelungen des Runden Tisches und wie es das Umweltschadensgesetz vorsieht, berücksichtigen, liegt der entstandene Schaden bei rund 180 Millionen Euro.

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat in den Wasserrechtsverfahren die gesetzlichen Pflichten zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterlassen. Dies betrifft vor allem die Bewilligungsbescheide der Wasserwerke Pfungstadt und Eschollbrücken sowie das Erlaubnisverfahren für die Firma Merck. Eine Eingriffsgenehmigung, wie sie jeder Bürger beantragen muss, wenn er ein kleines Stück Natur in Anspruch nimmt, brauchten diese Fördervorhaben, die letztlich die Ökosysteme auf mehreren tausend Hektar beeinträchtigen, nicht. Das ist aus Sicht der SDW ein eklatanter Verstoß gegen das Wasserhaushaltsgesetz und das Naturschutzrecht.

Die SDW will mit der Anzeige erreichen, dass endlich ein neuer Grundwasserbewirtschaftungsplan mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird und dabei auch ein mengenmäßiges Gleichgewicht zwischen Grundwasserneubildung und Grundwasserentnahme umweltverträglich erreicht wird. Dabei soll an vielen Stellen auch der Grundwasserspiegel wo möglich angehoben werden.

In dem Schreiben an Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid schreiben die Naturschützer: Wir fordern Sie hiermit gem. § 6 USchadG als umfassend zuständige Behörde auf, unverzüglich die erforderlichen Schadensbegrenzungsmaßnahmen durchzuführen, Eingriffsausgleiche anzuordnen und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Arnulf Rosenstock

Stellv. Kreisvorsitzender der SDW Darmstadt-Dieburg

Telefon:

Christoph von Eisenhart Rothe

Landesgeschäftsführer der SDW Hessen e.V.

Telefon: 01 75-20 74 54 0